

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

6 (10.2.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 4 / Nr. 6

Mannheim, 10. Februar 1949

Preis 15 Pfg.

Aus dem Inhalt:

Der Kardinalshut kein Privileg für Hochverrat!
Der Landser und der Offizier
Ruhrstatut und Stoppuhr
Good day, Mister Schleicher!
Es waren einmal 10 Punkte

„USA haben keinen aufrichtigen Wunsch nach Frieden“

Moskauer Echo auf Trumans „Nein“ — Geht das Spiel mit dem Feuer weiter?

Stalins Angebot eines Friedenspaktes zwischen der Sowjetunion und den USA ist von Truman abgelehnt worden. Nach seinem Interview, in dem Stalin vier der brennendsten Weltfragen beantwortete, hatte Stalin in einem Telegramm Präsident Truman eingeladen, in Moskau, Königsberg, Odessa oder Jalta mit ihm zusammenzukommen. Trumans Bereitschaft, in Washington mit Stalin zu sprechen, mußte dieser aus Gesundheitsrücksichten ablehnen.

Truman und sein Außenminister Acheson hatten erklärt, an zweiseitigen Besprechungen keinerlei Interesse zu haben, wenn diese sich mit Angelegenheiten befassen würden, die von direktem Interesse für andere Nationen seien. Ebenso wurde die Zusammenkunft der „Großen Vier“ durch Truman und Acheson verworfen. Eine Einladung könne nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden, bevor nicht eine offizielle Note des Kremls überreicht worden sei. Verhandlungen sollten erst nach dem Abschluß des Atlantik-Paktes und nach der Aufhebung der Blockade Berlins stattfinden.

Aus Moskau verlautet, daß Stalin über den vorgeschlagenen Friedenspakt mit den USA und einem Zusammentreffen mit Truman sein letztes Wort gesprochen habe. Die Moskauer Meinung läßt sich dahin zusammenfassen, daß Truman Stalins Friedensangebot kategorisch zurückgewiesen und damit gezeigt habe, daß „die Vereinigten Staaten keinen aufrichtigen Wunsch nach Frieden haben“.

Noch die Fesseln der Kriegspartei?

Stalins Interview gipfelte in der Feststellung: ein Friedenspakt ist möglich. Er hat damit ausgesprochen, was der überwältigende Teil der Menschheit sehnsüchtig wünscht. Die Antwort aus den USA zeigt, daß man nicht bereit ist, diesem Wunsch Rechnung zu tragen.

Die Ablehnung der USA wird begleitet von Kommentaren, die der Weltöffentlichkeit die Gerieren sollen, als sei der Wunsch der Sowjetunion nach Frieden nicht von ehrlichen Motiven getragen und stelle nur ein Manöver dar. In der Frage, der Welt den Frieden zu bringen, gibt es für die Sowjetunion keinerlei taktische Manöver. Ein sozialistisches Land lebt nicht von Aggressionen imperialistischer Art, sondern von der ungeheuren Kraftentfaltung auf dem Boden, der seiner Gestaltung unterliegt. Deshalb gibt es für Länder des Sozialismus kein anderes Interesse, als den Frieden. Das mußten die Feinde des Sozialismus auch längst einsehen. Trotzdem reden sie von „Manöver“, von „sowjetischer Aggression“ und „rotem Imperialismus“ und möchten die Tiefrieden ihres Handlens dem sozialistischen Lager unterschieben.

Die Friedensoffensive Stalins kam zu einem geschichtlich wichtigen Zeitpunkt. Die Ablehnung Amerikas hat einiges erwiesen. Die USA halten an ihren Einkreisungsplänen gegen die sozialistische Welt fest. Europa-Union und Atlantik-Pakt sollen nicht durch einen wirklichen Frieden in Frage gestellt werden.

Geht es den führenden Männern der USA nur darum, das Prestige zu wahren? Soll ihre jetzige Abneigung den Schein von Stärke, der in der Welt abbröckelt, weiter vortäuschen? Es wäre vorstellbar, daß dem so ist.

Europa-Union, Atlantik-Pakt, als militärstrategische Planungen auf dem Boden der Marshallplanpolitik sind aber mit ein wesentliches Stück Vermächtnis der bis dahin auch unter Truman dominierenden Kriegspartei in Amerika. Ist ihr Einfluß noch nicht restlos gebrochen? Wenn nicht, wie lange wird er sich noch bemerkbar machen und Präsident Truman in seiner Außenpolitik in Fesseln halten?

Kein Geringerer als Harold L. Ickes schrieb kürzlich in einer Betrachtung über die Weststaat- und Ruhrfrage unter dem bezeichnenden Titel: „Verrat am Weltfrieden“, daß die Ruhrlösung einen Wallstreetskrieg darstelle. Was die Welt von dieser Seite zu erwarten hat, geht aus seinen Worten hervor: „Gewau wie Wallstreet nach dem ersten Krieg das Geld zum Wiederaufbau der Ruhr beschaffte und damit den Weg zum zweiten Weltkrieg pflasterte, so sind die gleichen Interessengruppen, die sich um nichts kümmern als um ihre fetten Profite, jetzt darauf bedacht, einen dritten Weltkrieg zu ermöglichen. (Nach dem deutschsprachigen „Aufbau“, New York.)

Ist man in den USA einfach Gefangener des „Kalten Krieges“? Sind die Pläne bereits so weitgehend, daß man sie nicht so ohne weiteres abzubauen in der Lage ist und daß eine Besserung der internationalen Lage nicht als begründbar, sondern als störend empfunden wird? Der Herausgeber der Zeitschrift „United States News and World-Report“ bemerkte kürzlich, die USA seien nicht auf den Frieden vorbereitet und er „könnte das Fundament des gesamten Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten ins Wanken bringen und ein wirtschaftliches Elend von unermeßlicher Kraft und

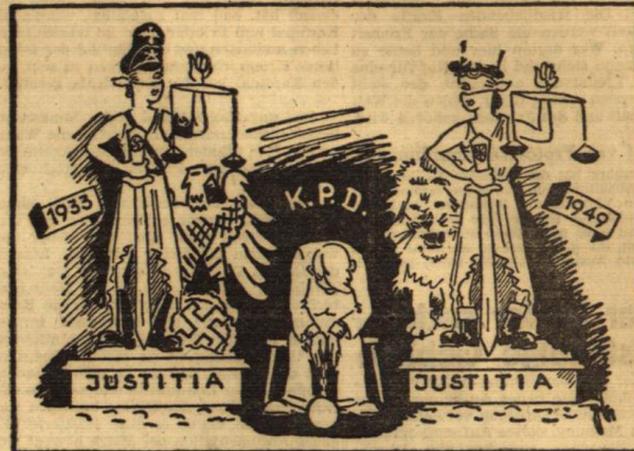
Wir erinnern uns, daß erst dieser Tage Sumner Welles warnend seine Stimme im Hinblick auf Männer wie Forster Dulles erhob und die Hoffnung aussprach, daß einiges in den USA künftighin nicht mehr möglich sein möge. „Es ist unwahrscheinlich, daß er (Acheson) anderen Dienststellen länger gestatten wird, sich in die rechtmäßigen Befugnisse des Staatsdepartements einzumischen. Es ist auch unwahrscheinlich, daß General Clay und sein Gesandener im Fünftgestirn, General Draper, sich weiterhin in die deutsche Politik einmischen können. Es ist noch unwahrscheinlicher, daß das dürftige Erzeugnis internationaler Verständigung weiterhin periodisch durch das Geheul in Berlin von dem eigens dazu ernannten Oberst Howley zerstört werden kann.“

Ist es noch nötig hinzuzufügen, daß in der gespannten Weltlage Westdeutschland ein Schnittpunkt ist und man auch hier den Chor der Politiker aufmerksam machen muß, daß sie mit dem Feuer spielen und für den Frieden nichts tun? Der Kampf für die nationale Selbstständigkeit Deutschlands und seine Einheit ist ein Stück des Kampfes um den Weltfrieden. Der Beitrag des deutschen Volkes kann groß sein. Ihn zu leisten ist seine Aufgabe. Das deutsche Volk braucht dabei nicht zu befürchten, eine Zensur zu bekommen, wie sie die deutschen Politiker für ihr bisheriges Tun im Max-Reimann-Prozess in Düsseldorf von einem britischen Militärgericht erhalten haben.

„Halsstarrig und unversöhnlich“

Acheson hätte bei seinen Erklärungen weniger Kälte beweisen können, schreibt die „New York Herald Tribune“ zur Ablehnung der Stalin-Einladung, während der „Momento“ noch deutlicher erklärt: „Wenn Truman darauf besteht, daß das Treffen in Washington stattfindet, er hat dann in den Augen der Welt nicht als halsstarrig und unversöhnlich gelten?“

„Nicht mit der Generalinie vereinbar“
Die „Pravda“ kommentiert das Verhalten Trumans und Achesons dahin, daß ein Fried-



Allerdings, die Zeiten haben sich geändert!

Das Urteil von Düsseldorf

Von Walter Fisch, stellv. Vorsitzender der KPD

denpakt auf keine Weise mit der Generalinie, dem Charakter und den wahren Plänen der USA in Einklang zu bringen sei, die von dem herrschenden amerikanischen Kreisen auf dem Gebiet internationaler Beziehungen verfolgt wurde.

„Die USA können kein ruhiges Gewissen haben“

Im „Washington-Star“ führt David Lawrence scharfe Kritik an Außenminister Acheson, der mit Leichtfertigkeit und Sarkasmus die Verhandlungsangebote Stalins zurückgewiesen habe. „Die USA können kein ruhiges Gewissen haben, wenn sie es ablehnen, über den Frieden zu verhandeln.“

Ganz China muß dem Volk gehören!

Das Pech der Tschiangkaischek-Nachfolger — Die kommunistischen Armeen überschreiten den Jangtse

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es in China zwischen der siegreichen kommunistisch-demokratischen Bewegung und dem nationalchinesischen Kuomintangregime vorerst zu keinen Friedensverhandlungen kommt. Der Nachfolger Tschiangkaischeks, Li-Tsung-Yen, und sein Ministerpräsident Sun-Fo trieben mit dem Rücktritt Tschiangkaischeks und mit ihrer scheinbaren Bereitschaft, auf die Bedingungen der Kommunisten einzugehen, ein abgekartetes Spiel, von dem sie erhofften, den Süden Chinas aus der umgestaltenden Revolution herauszuhalten zu können. Die einfache Forderung auf Verhaftung der Kriegsverbrecher hat dieses Spiel offenbar gemacht. Aber noch mehr kam zum Vorschein. So hat sich Sun-Fo gegen die im Norden durchgeführte Bodenreform gewandt und als Landdiebstahl bezeichnet. Mit ausgewechselten Personen die alte Tschiangkaischek-Politik.

Li-Tsung-Yen und Sun-Fo drohen den Kommunisten in China, den Kampf bis zum

Ende fortzusetzen, wenn sie von ihnen die bedingungslose Kapitulation fordern. Drohungen der politischen und militärischen Bankrotteure wirken grotesk. Sie retten damit für sich und für ihre ausländischen Auftraggeber nichts mehr. Sie können auch nicht einen Geist der Vergangenheit beschwören, der nicht ihr Geist ist. Sie drohen mit einem „March von Kanton“ nach dem Norden und spielen an auf jenen geschichtlichen Marsch Sunjatsens aus dem Süden, der die erste Revolution über China trug. Sie sind selbst die Verräter am Erbe Sunjatsens, sind die Würger der damaligen Revolution in der chinesischen Geschichte geworden, und jene geschichtlichen Tage zu beschwören für ihr zusammenstürzendes System, ist politische Leichenfledderei.

Die chinesische Revolution hat sich bisher nicht um Drohungen, nicht um moralisierende Lügen, noch um stärkere, um moderne Waffen ihrer Gegner gekümmert. Sie

tut es auch jetzt nicht. Nanking, Hankau und Schanghai sind eingekreist, strategisch mehr und mehr außer Kurs gesetzt. Sie werden als reife Frucht fallen, wie Mukden, Tientsin und Peking gefallen sind. Die Revolution in China wird sich in ihrem Lauf nicht hemmen lassen. Vom Jangtse-Tal nach Kanton mag es weit sein. Es ist nicht weiter wie von Mukden nach Nanking. Die Revolution wird genau so gebieterisch und überraschend schnell an die Tore Kantons klopfen, wie sie es überall in China getan hat. Der Friede in China kommt. Er wird nicht das Resultat von Zugeständnissen der Tschiangkaischek-Nachfolger an die Revolution sein, sondern das Ergebnis der sich durchsetzenden demokratischen Volkskräfte Chinas. Friede in China ist Friede für das schaffende Volk. Er ist kein fauler Kompromiß mit Tschiangkaischek oder mit irgendeinem seiner Nachfolger.

Mutige Haltung als guter Deutscher

Massenforderung: Freiheit für Max Reimann — Sympathiebeweise aus allen Schichten und aller Welt

Die Verurteilung des Vorsitzenden der KPD Westdeutschlands, Max Reimann, hat in Deutschland wie in der übrigen Welt keinerlei Beifall aber umso stärkere Ablehnung gefunden. Beim Parteivorstand der KPD in Frankfurt laufen zahllose Sympathie- und Solidaritätserklärungen aus allen Teilen Deutschlands ein. Ueberall

wird Stellung gegen das Urteil des britischen Militärgerichtes genommen. Der Ruf ist: Freiheit für Max Reimann! Wer über die Kreise der Kommunistischen Partei hinaus hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß das, was Max Reimann getan hat, dem deutschen Volksinteresse entsprach. Er ist in seinem Kampf gegen das Ruhrstatut und die koloniale Versklavung Westdeutschlands Angeklagter und Verurteilter eines britischen Militärgerichtes geworden. Durch das Urteil gegen Max Reimann fühlt sich jeder aufrechte Deutsche, der es mit den nationalen und sozialen Interessen des deutschen Volkes und seiner Zukunft ehrlich meint, getroffen. Das Urteil des britischen Militärgerichtes wird von einer schwerwiegenden Tragweite sein. Man hat sicherlich nicht erwartet, daß mit dem Vorgehen gegen den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei eine schlagartige Massenmobilisation des deutschen Volkes gegen Ruhr- und Besatzungsstatut, gegen Bonner Separatstaatspolitik und ausländische Versklavung erfolgen würde. Es ist bezeichnend, daß alle Politiker, die die Angegriffenen in der Rede Max Reimanns waren, von dem Urteil gegen ihn abrückten müssen. Es wird ihnen nichts nützen. Das Urteil in Düsseldorf ist gegen sie und über ihre Politik, die zur Zerreißung Deutschlands führte, gefällt worden.

Es ist unmöglich, in unserer kleinen Zeitung alle Stellungnahmen zum Urteil Max Reimanns zu bringen. Wieviel Wahres aber wird in diesen Stellungnahmen ausgesprochen. „Du bist nicht der Angeklagte, sondern der Kläger des gesamten werktätigen Volkes!“, „Ich bewundere Ihre Haltung!“, „Ich muß Sie wissen lassen, daß Ihre mutige Haltung als guter Deutscher auch hier bei vielen Deutschen im Ausland Anerkennung findet!“, „Weil Sie das Ruhrstatut ablehnten, sehen wir in Ihnen den konsequenten Vertreter der Ruhrbergarbeiter!“, „Das Urteil des Militärgerichtes ist ein Schlag gegen die Demokratie!“

Aus den vielen Zuschriften und dem Inhalt dieser geht hervor, daß die Verurteilung Max Reimanns und der Anlaß dazu,

das Ruhrstatut, das erste politische Ereignis in Westdeutschland ist, das ein breites Volksinteresse hervorgerufen hat. Das war doch gewiß nicht der beabsichtigte Zweck des Prozesses.

Max Reimann im Gefängnis

Max Reimann hat an den Parteivorstand der KPD Westdeutschlands, Max Reimann, gerichtet, in der er mitteilt, daß er sich im Strafgefängnis Düsseldorf-Dexendorf befindet. Er werde den Gefängnistag in gleichen Ehren tragen wie unter dem Hitlerregime. Kaum eine Woche, nachdem der Kriegsverbrecher Franz von Papen auf freien Fuß gesetzt worden sei, habe man ihn ins Gefängnis geworfen. „Wir Kommunisten sind Verfolgungen gewohnt und bereit, Opfer zu bringen. Nicht er, sondern jene Politiker sind verurteilt worden, die das Ruhrstatut anerkennen und ein Besatzungsstatut zur Verewigung der Besatzung wünschten. Ihnen sei durch das britische Militärgericht bestätigt worden, daß sie ausländischen Mächten Hilfe leisteten.“

Schwere Verletzung der Rechte der Abgeordneten

General Bishop von Rheinland-Westfalen hat das briefliche Ersuchen Dr. Adenauers, die Vollstreckung der Strafe Max Reimanns bis zur Beendigung der Arbeit des Parlamentarischen Rates auszusetzen, abgelehnt. Genosse Paul Renner erklärte dazu, daß er trotzdem eine Willensäußerung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates in dieser Angelegenheit notwendig erachte, da die Verurteilung Reimanns eine schwere Verletzung der Rechte der Abgeordneten darstelle.

Freilassung von der britischen Regierung verlangt

Der Exekutivrat der Kommunistischen Partei Großbritanniens forderte alle britischen Arbeiter und demokratischen Organisationen auf, von der britischen Regierung die Freilassung Reimanns und die Annullierung der Gefängnisstrafe zu verlangen.

Ehemalige KZ-ler an General Robertson

Das Komitee der ehemaligen politischen Gefangenen des Konzentrationslagers Sachsenhausen hat General Robertson in einem Brief gebeten, das Urteil gegen Max Reimann aufzuheben und ihn sofort freizulassen. Die Urteilsaufhebung sei die Wiederherstellung der verletzten Gerechtigkeit.

Bei allen anständigen Deutschen in der ganzen fortschrittlich denkenden Welt hat das Urteil des britischen Militärgerichtes in Düsseldorf gegen Max Reimann Empörung hervorgerufen. Im Ruhrgebiet unterbrachen die Arbeiter einiger Zechen und eines Stahlwerkes die Arbeit, um in Belegschaftsversammlungen ihren Protest zu bekunden. Selbst bürgerliche Politiker wagen nicht, das Urteil zu verteidigen.

Ein Abgeordneter wurde entgegen aller parlamentarischen Tradition ohne Rücksicht auf seine Immunität der Möglichkeit beraubt, sein Mandat auszuüben. Ein im öffentlichen Leben an führender Stelle tätiger Politiker wurde ins Gefängnis geworfen, weil er zu Lebensfragen des deutschen Volkes gesprochen, weil er Kritik an der Haltung anderer deutscher Politiker geübt hat. Ein Vorkämpfer der freiheitlichen Ideen, der Wortführer des Gedankens der Einheit Deutschlands, der Sprecher von Millionen von Werktätigen, ein hervorragender Antifaschist, der im jahrelangen illegalen Kampf dem Hitlersystem trotz der Stirn bot, wurde in Sträflingskleidung gesteckt.

Die unerhörte Härte des Urteils, die Anordnung der sofortigen Verhaftung im Gerichtssaal und die Ablehnung einer Freilassung auf Kautions kann also nur so gedeutet werden, daß die maßgeblichen Stellen der britischen Politik unter allen Umständen ein abschreckendes Urteil wollten, unabhängig davon, welchen Eindruck dies in der fortschrittlichen Öffentlichkeit hervorgerufen würde. Der Prozeß gegen Max Reimann ist damit aufs engste verbunden mit dem Urteil gegen die sechs deutschen Arbeiter in Bochum, die wenige Tage zuvor zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weil sie in der Sorge um die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes es ablehnten, diesen mit eigenen Händen zu demontieren.

Was kann es also sein, worauf die Besatzungsmacht einen so entscheidenden Wert legt? Was kann es sein, was sie mit allen Mitteln respektiert haben will? Es ist die Durchführung des Ruhrstatuts. Seitenswegen stellt das Militärgericht in Düsseldorf jene deutschen Politiker, die einer einseitigen Westorientierung zuleibe sich zur Mithilfe an der Spaltung Deutschlands unter den Bedingungen des Ruhrstatuts hergeben, unter den ausdrücklichen Schutz britischer Richter; seitenswegen nimmt es keinen Anstoß daran, deutsche Politiker auf die gleiche Stufe mit dem deutschen Kellner einer britischen Offiziersmesse zu stellen und sie vor der ganzen Öffentlichkeit als alliiertes Hilfspersonal im Sinne der Verordnung Nr. 8 der britischen Militärregierung bloßzustellen. Durch ein Gerichts Urteil soll den Deutschen klar gemacht werden, was sie aus eigenem Verständnis nie anerkennen würden: Daß die deutsche Mitarbeit an der Durchführung des Ruhrstatuts ein „patriotischer und edler Dienst“ sei. Dies waren die Worte des britischen Klägers Pafmoore.

In der Urteilsbegründung hieß es, daß deutsche Politiker, die für die Durchführung des Ruhrstatuts arbeiten, deshalb unter die Bestimmungen der britischen Verordnung zum Schutz alliierten Hilfspersonals fallen, weil der Erfolg des Ruhrstatuts von der willigen Mitarbeit der Deutschen abhängt. Allem Anschein nach ist es also für die Verfasser des Ruhrstatuts nicht so leicht, die Mitarbeit der Deutschen dafür zu gewinnen, wenn sie sie erst ausdrücklich durch Urteile von Militärgerichten beschützen müssen.

Die ganze Farce von Bonn das ganze Gerede von der Unabhängigkeit der deutschen Westpolitik bricht angesichts des Urteils von Düsseldorf kläglich zusammen.

Wenn jemand glaubte, durch die Verurteilung von Max Reimann würde dem Kampf des deutschen Volkes gegen das Ruhrstatut und für die Einheit Deutschlands der Atem genommen, so muß ihm die Antwort der deutschen Öffentlichkeit heute schon eines besseren belehrt haben. Mehr denn je wird das deutsche Volk in Max Reimann und in der Kommunistischen Partei, an deren Spitze er steht, den mutigen Kopf

Im Streiflicht gesehen

Die dreiste Herausforderung

Der „Daily Express“ veröffentlicht in großer Aufmachung eine Bildwiedergabe aus einem deutschen Exportkatalog für „Luxuswaren“. Die Illustrationen werden unter der Ueberschrift: „Die Deutschen verkaufen Luxuswaren“ gebracht. Gezeigt werden Schmuckstücke, silberne Etuis, Schreibzeuge, Staubsauger und Porzellan. Der „Daily Express“ erklärt dazu, die Veröffentlichung des Katalogs sei die „dreiste Herausforderung“, die der deutsche Exporthandel bis jetzt an den britischen gerichtet habe.

Nachfolger General Markos

Auf seiner 5. Vollsitzung hat der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei Griechenlands, General Markos wegen Krankheit von allen Aufgaben in der Partei entbunden. An der Spitze des neuen Polit-Büros Griechenlands steht nun Nikos Zachariadis.

„Griechenland, exaktes Abbild der chinesischen Entwicklung“

In einem Artikel „Griechenland — ein neues China?“ zeichnet der Balkankorrespondent der „Rhein-Neckar-Zeitung“ ein düsteres Bild der von Amerika ausgeschalteten Monarcho-Faschisten. Wir lesen darüber: „In Griechenland operieren heute die Guerilla praktisch wo es ihnen beliebt... Sie beherrschen praktisch das Gebirge und das flache Land, während die Athener Truppen die Rückendeckung fester Plätze suchen.“

Die Niederlage monarchistischer Truppen in Naouza Karpenissi, Leonidion, Larissa, auf dem Hochplateau von Phano-Aminde und Monevassia haben eine Depression verursacht.“

Retter im allgemeinen Zerfall Griechenlands soll nun General Papagos sein. Er wird so wenig Glück haben wie seine Vorgänger, denn ebensowenig wie in China ist Griechenland eine militärische Frage.

„Die eben so mächtig wie jene in China“

Die „Neue Zeitung“ veröffentlicht ein eindrucksvolles Bild über die indische Bauernbewegung. Dramatisch werden die Szenen der Ablegung des „Tebagha-Eides“ durch die Bauern im ganzen Land geschildert. Es ist der Schwur der Bauern, nicht mehr als ein Drittel ihrer Ernte an die Großgrundbesitzer abzuliefern, nachdem diese theoretisch die Hälfte zu bekommen haben, praktisch aber durch Wucher Zweidrittel und Dreiviertel der Ernte der Bauern einbehalten.

Der große Bauernkrieg in Deutschland ist ausgelöst worden durch die Abgabe des „Zehnten“ an die Feudalherren. Es verwundert deshalb nicht, wenn die „Neue Zeitung“ schreibt: „Die indischen Politiker sehen darin (Tebagha-Eid) jedoch drohende Anzeichen einer großen Bauernerhebung.“
Die „Neue Zeitung“ bringt ihren Artikel unter der Ueberschrift: „Moskaus Hand in Indien“. Die Bauernbewegung gilt als „Offensive der roten Flagge“. Zum Schluß kommt das Dilemma, wo es heißt, daß der indische Ministerpräsident wisse, daß mit einer Unterdrückung der Kommunisten und der Bauernbewegung das Problem nicht gelöst werden könne, denn ihre Beschwerden seien nicht unberechtigt. „Aber die Zeit drängt und die Regierung darf nicht zögern, wenn sie verhüten will, daß sich auch in Indien eine kommunistische Partei bildet, die ebenso mächtig wird wie jene in China.“

im Streit um eine gerechte Sache erblicken. Weite Schichten unseres Volkes wird der Ausgang des Prozesses darüber aufklären, daß der Protest gegen das Ruhrstatut und die Spaltung Deutschlands das stärkste Bekenntnis für den Frieden in Deutschland und für den Frieden der Welt darstellt.

Einer für alle, alle für einen! Unter dieser Losung wird sich unser Volk der gewaltigen Kraft der Solidarität erinnern. In seinem Willen, im Kampf um die Lebensrechte eines freien, geeinten, unabhängigen und demokratischen Deutschlands auszuharren, wird es sich bestärkt fühlen durch die große Welle der Sympathie, die aus dem fortschrittlichen Lager jenseits der deutschen Grenzen zu Max Reimann herüberströmt. Ein britischer Anwalt und ein deutscher Anwalt haben die Sache Max Reimanns verteidigt. Die friedliebenden Kräfte der ganzen Welt werden die Sache der Freiheit verteidigen. Wer darum hier und heute zu Max Reimann steht und in den Ruf für eine sofortige Freilassung einstimmt, der steht bei der großen Armee derer, denen die Welt der Freiheit und des Friedens gehören wird.

Verbot von Protestversammlungen

In Hamburg hat die britische Militärregierung die Abhaltung von Protestversammlungen gegen die Verurteilung Reimanns verboten. Die Parteilithung sprach ihre Überraschung aus, daß zu einer politisch so bedeutenden Angelegenheit, die das Interesse weitester Kreise im In- und Ausland ausgelöst habe, verboten sei.

Der Dollar sucht rückständige Gebiete

In einer Pressekonferenz erläuterte Präsident Truman sein neues Aufbauprogramm und Außenminister Acheson verwahrte sich gegen die Meinung, dieses Aufbauprogramm sei eine neuartige amerikanische Durchdringungsmethode. Das Programm Trumans solle „die Freiheit und Würde des Einzelmenschen in der Welt fördern“. Nun, die zu längeren Gefängnisstrafen verurteilten deutschen Arbeiter, die sich weigerten, die Arbeitsstätten von Arbeitskammeraden zu zerstören, werden sich über diese Art Förderung der Freiheit und Würde ihre eigenen Gedanken machen. Es wurde ihnen sogar Haftentlassung verweigert, während die als Kriegsverbrecher angeklagten Generale Urlaub auf Ehrenwort erhielten. „Wo sich natürliche Hilfsquellen befinden, müssen Fabriken errichtet werden“ — meint Mr. Acheson. „Deshalb werden wohl im Kohlenpott die Fabriken demontiert. „In rückständigen Gebieten müsse man die Voraussetzungen schaffen, daß Unternehmer mit ihren Vorkäufen Fuß fassen können“. Diese zarte Andeutung wird deutlicher gemacht durch Achesons Hinweis: „Es werde vor allem an der Regierung des betreffenden Landes liegen, das einen Kapitalzustrom wünscht, hierfür die günstigen Voraussetzungen zu schaffen.“ Das heißt also, diese Länder, die den Kapitalzustrom aus dem Dollarlande wünschen, müssen natürlich auch das kapitalistische Wirtschaftssystem vertreten. Der Frankfurter Wirtschaftsrat hat diese „günstigen Voraussetzungen“ ja bereits für das deutsche Kolonialgebiet der USA bis aufs Itüpfelchen erfüllt. Wenn Acheson aber besonders Indien als das Land bezeichnet, „wo amerikanisches Können, amerikanische Technik und amerikanisches Kapital ein Arbeitsgebiet finden könnte“, so werden sich die britischen Vettern der Yankees ganz besonders darüber freuen. Sie haben sich durch die politische Propaganda der Yankees aus Indien hinausmanövrieren lassen und nun hat der Dollar freie Bahn und gewinnt einen vollwertigen Ersatz für den Verlust des chinesischen Marktes, in dem nach dem Siege der Kommunisten wohl nicht mehr die „günstigen Voraussetzungen“ für den amerikanischen Kapitalzustrom vorhanden sein werden. Immerhin: auch die Ferne Osten, Südostasien, Afrika und Lateinamerika sollen bei dem Kapitalzustrom nicht vergessen werden. Am Dollarwesen soll also die ganze Welt genesen! Haben wir nicht eine so ähnliche Variante schon einmal irgendwo gehört?

Das Bundeswahlgesetz

Von unserem Bonner Korrespondenten

Die Sperrklausel, die man in dem Wahlgesetzentwurf für den Westdeutschen Bundesstaat in Bonn zur Unterdrückung der kleineren Parteien vorgesehen hatte, sind zwar gefallen, doch hat man es sich nicht versagen können, eine Drosselung der Wahlbeteiligung einzubauen, um jene Parteien, die zwar nicht in den einzelnen Wahlkreisen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen können, dafür aber in vielen Wahlkreisen Stimmen zählen, nicht gar zu gerecht zu behandeln. Eine klare Rechnung wäre es, wie seinerzeit beim Reichstagswahlrecht, auf eine bestimmte Stimmenzahl ein Mandat zuzuteilen. Bei starker Wahlbeteiligung erhöht sich dann die Zahl der Mandate entsprechend. So ergibt sich ein starker Anreiz, gerade für die kleinen Parteien, Nichtwähler zu mobilisieren. Das wollte man jedoch in Bonn nicht und hat deshalb in dem jetzt vom Wahlausschuß fertiggestellten Wahlgesetzentwurf die Zahl der Abgeordneten auf 400 festgesetzt. Das Bundesgebiet wird in 200 Wahlkreise mit 200 bis 250 000 Einwohnern eingeteilt. In ihnen gilt der Kandidat mit der höchsten Stimmenzahl als gewählt. Alle übrigen Stimmen werden auf der Landesliste und zum Schluß auf der Bundesliste verrechnet. Die Zahl aller abgegebenen Stimmen geteilt durch 400 gilt als Schlüssel für die Zuteilung der Mandate. Die Länder Bayern, Berlin (?) und Nordrhein-Westfalen werden eigene Landeslisten aufstellen, dagegen Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden eine gemeinsame Landesliste, Hessen und Rheinland-Pfalz ebenfalls gemeinsam eine und eine weitere Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen. Die Zahl der Wahlkreise der einzelnen Länder ist wie folgt berechnet: Baden 5, Bayern 38, Berlin 10, Bremen 2, Hamburg 7, Hessen 17, Niedersachsen 29, Nordrhein-Westfalen 49, Rheinland-Pfalz 12, Schleswig-Holstein 12, Württemberg-Baden 15 und Württemberg-Hohenzollern 5.

Der Kardinalshut kein Privileg für Hochverrat

Als ungarischer Staatsbürger Mindszenty wegen Hochverrats zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt — Es wird weder einen ungarischen Franco, noch einen ungarischen Tschiangkaischek geben

Der ungarische Staatsbürger und Träger des Kardinalshutes der römischen Kirche ist wegen Verletzung des Gesetzes über die Verteidigung der ungarischen Republik, wegen der Organisierung einer Verschwörung gegen die Republik und wegen Verrats und wegen Devisenhandels zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte erhielt gleichfalls Gefängnisstrafen von lebenslänglich bis zu 3 Jahren. Daß Mindszenty seine Schuld ohne Umschweife zugegeben und seine Taten beklaut hat, daß ihm zugebilligt wurde, als Kardinal und Priester nicht im tatsächlichen Leben gestanden und dem Einfluß der feindlichen Kriegspropaganda erliegen zu sein, hat den Kardinal vor der Todesstrafe gerettet.

Das ungarische Urteil gegen Mindszenty besagt nichts anderes als die einfache Wahrheit, daß in Staaten wahrer Demokratie der Kardinalshut kein Privileg für Hochverrat bedeutet.

Die Presse der westlichen Welt, gleich welcher Schattierung, schäumt über vor Wut und überbietet alles, was wir bisher gewohnt waren an Hetze gegen die Staaten des Ostens. Das ganze Vokabular westlicher „Freiheit“, „Demokratie und Menschenrechte“ ergießt sich über uns, um die Kommunisten Ungarns und sinngemäß in der ganzen Welt der Tyrannei, der Diktatur und der Unmenschlichkeit zu zeihen. Uns entgeht dabei nicht, daß sie an den Tatsachen veröffentlichter Dokumente und was die Gerichtsverhandlung sonnenklar bewiesen hat, vorübergehen, als ob es nicht existierte. Die ganze Argumentation der Hetze bewegt sich auf Nebengeleisen, die erst gelegt werden mußten, um einen erbärmlichen Schutt anfahren zu können. Was wurde geheimnisvoll getan? Welche Geheimmittel wurden entdeckt und zusammenphantasiert, um den schwankenden Boden der Lüge zu gewinnen, Mindszenty sei mit Drogen, mit Pulverchen gefüttert worden, um willensschwach und geständig gemacht zu werden. Die tiefsten Abgründe der Verirrung in der Menschheitsgeschichte — die römische Kirche hat in ihrer Vergangenheit dazu die größten Beiträge geliefert — wurden durchwühlt und ihre Tatsachen, erlebten Auferstehung als Phantasieprodukte des 20. Jahrhunderts.

Der Prozeßverlauf war erüchtend. Das Verhalten Kardinal Mindszents und seiner Mitangeklagten auch. Es war kein Raum mehr für Phantasie. Es ergab sich ein Bild, das noch nicht einmal neu war. Der Kardinal — und das ist der Fehler in seiner Rechnung und der aller, die ihn als Figur im Schachbrett der internationalen Politik benutzten — bestand darin, zu wählen, er sei als höchster Würdenträger der römischen Kirche in Ungarn nicht den Gesetzen wie jeder andere Staatsbürger Ungarns unterworfen. Seinen Irrtum zahlte er mit lebenslänglicher Gefängnisstrafe und jene im Ausland, die Zeter und Mordio schreien, erfahren dabei, daß es ihnen nicht gestattet ist, mit ihren Händen die Souveränität des ungarischen Volkes anzutasten. Papst und Kardinalskollegium in Rom und der politische Drahtzieher Kardinal Spellmann in Newyork sollen deutlich sehen, wo auch für sie Schranken aufgerichtet sind.

Es gab während des Prozesses den Versuch der internationalen Reaktion, die Lauterkeit des Gerichtshofes fragwürdig zu machen. 25 dem Mindszentyprozeß beiwohnende ausländische Journalisten sahen sich

in der Verteidigung ihrer eigenen Ehre gezwungen, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der sie sich mit aller Entschiedenheit dagegen verwarfen, unter einer Zensur der Berichterstattung zu stehen. Sie betonten, der Verhandlungsverlauf sei äußerst korrekt. Aber Korrektheit hin, Korrektheit her, der internationale Hydra, die als Köpfe in China einen Tschiangkaischek, in Spanien einen Franco, in Griechenland einen Tsaldaris hat, wurde in Ungarn mit Mindszenty ein Haupt abgeschlagen. In Ungarn wird es keinen Tschiangkaischek geben. Das ist die Lehre des Prozesses, die so vielen in der Welt bitter aufstößt.

Wir wünschen, die große Masse des Volkes hätte diesen Prozeß mit der gleichen Aufmerksamkeit verfolgt, wie dies vom Papst berichtet wurde. Für sie wäre es nicht weniger lehrreich wie für diesen gewesen.

Zu dem westlichen Geschrei über die Verurteilung Mindszents aber sagen wir:

Von Robert Leibbrand, Mitglied des Landtags

Seit dem Erlaß des KB-Leistungsgesetzes wird von allen Seiten immer wieder darauf hingewiesen, daß die von der Militärregierung genehmigten Renten für die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen völlig ungenügend sind. Sie sind erst recht zu wenig zum Leben und zuviel zum Sterben nach den seit der Währungsreform erfolgten Preissteigerungen. Auf die Initiative der kommunistischen Abgeordneten hat der Landtag wiederholt die Regierung aufgefordert, alles nur Mögliche zu unternehmen, um die Genehmigung der Militärregierung zu einer Verbesserung der Renten zu erlangen. Im vorigen Herbst fanden im Wirtschaftsrat in Frankfurt Verhandlungen über eine bilaterale Regelung statt. Als es auch hier zu keiner Verständigung mit den Militärregierungen kam, hat sich die Organisation der Körperbeschädigten von neuem an den Landtag gewandt, und dieser beauftragte noch vor Weihnachten Regierung und Finanzausschuß mit der Prüfung aller Hilfsmöglichkeiten. Mitte Januar antwortete die Regierung, daß das KB-Leistungsgesetz seinerzeit vom Länderrat der amerikanischen Besatzungszone ausgearbeitet wurde und deshalb auch nur vom Länderrat geändert werden könne. Darüber laufen jetzt neue Verhandlungen im Länderrat und auch in der Bizone wird erneut verhandelt. Inzwischen aber wächst die Not der Kriegsschädigten, Kriegswitwen und Kriegswaisen ins Unerträgliche. Regierung, Landtag, Länderrat, Wirtschaftsrat — sie alle waschen ihre Hände in Unschuld und erklären bedauernd, daß man ohne die Genehmigung der Militärregierung eben nichts tun könne.

Kann man wirklich nichts tun? Die Regierung von Württemberg-Baden hat ein Beispiel gegeben, daß sie noch helfen kann, wenn sie nur will. Allerdings nicht bei einfachen Soldaten, wohl aber bei Offizieren. Im Herbst des vergangenen Jahres hat der Länderrat der US-Zone ein Gesetz über Pensionen an ehemalige Berufsoffiziere und Wehrmachtsoffiziere beschlossen. Die Militärregierung hat dieses Gesetz noch nicht bestätigt. Wie aber jetzt bekannt wird, leistet die württemberg-badische Regierung bereits seit 1. Ok-

tober 1948 vorschußweise Pensionszahlungen nach diesem noch nicht bestätigten und rechtskräftigen Gesetz. Auf meine Anfrage im Finanzausschuß des Landtages wurde erklärt, man könne doch diese in großer Not befindlichen Menschen nicht verhungern lassen.

Auch wir bösen Kommunisten sind keine Unmenschen und wollen niemand verhungern lassen, auch ehemalige Offiziere nicht. Der frühere Arbeitsminister Rudolf Kohl hat, als er noch im Amte war, eine Verordnung erlassen, wonach ehemalige Berufsoffiziere, die durch Alter oder Arbeitsunfähigkeit hilfsbedürftig sind, Unterstützung in gleicher Höhe wie die Kriegsschädigten erhalten. Die Offiziere mußten also nicht mehr und nicht weniger hungern, als die Kriegsschädigten. Die Regierung ist aber offenbar der Meinung, die Offiziere seien das Hungern nicht so gewohnt wie die Landser, und deshalb bekommt ab 1. Oktober zum Beispiel der Berufsoffizier, der die Altersgrenze erreicht hat, auch wenn er sonst noch gesund und rüstig sein mag, automatisch das eineinhalbfache dessen, was ein hundert Prozent kriegsschädigter einfacher Soldat erhält.

Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft für Notleidende sind sehr lobenswerte Tugenden, doppelt und dreifach lobenswert bei einer Regierung, die große Finanzsorgen hat. Aber diese Tugenden werden zur erbärmlichen Heuchelei, wenn sie nur gegen einen Teil der Bedürftigen betätigt werden. Was den Berufsoffizieren

Der Landser und der Offizier

und Wehrmachtsbeamten recht ist, muß auch den Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen billig sein. Die Regierung hat bewiesen, daß Geld da ist, und daß, wo ein Wille, auch ein Weg zur Verbesserung der Renten ist. Es ist ihre verdammt Pflicht und Schuldigkeit, nicht länger auf das Ergebnis der endlosen Verhandlungen zu warten, sondern ab sofort auch den Kriegsschädigten vorschußweise erhöhte Renten auszuzahlen.

Als seinerzeit im Länderrat das Gesetz über die Offizierspensionen beraten wurde, machten die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Zustimmung von der gleichzeitigen Verabschiedung des Haftentschädigungsgesetzes für die politisch Verfolgten abhängig. Auch das Haftentschädigungsgesetz ist von der Militärregierung noch nicht bestätigt. Während aber die Leistungen aus dem Offiziers-Pensionsgesetz vorschußweise bereits ausgezahlt werden, ist das bei dem Haftentschädigungsgesetz — selbstverständlich — nicht der Fall. Werden nun die sozialdemokratischen Minister in der Regierung dafür eintreten, daß die politisch Verfolgten nicht schlechter als die Berufsoffiziere behandelt werden? Oder wird es wirklich dahinkommen, daß erst die benagigten Gauleiter Entschädigungen für ihre mit der Hölle der Konzentrationslager doch wahrhaftig nicht zu vergleichende Internierungszeit bekommen und für die politisch Verfolgten des Dritten Reiches nichts mehr übrig bleibt?

Werbeerfolge für das „Volksecho“

Es warben neue Abonnenten:

Gen. Adam Huckele, Viernheim	60
KPD Bruchsal	55
KPD Wiesloch	21

Der Landser und der Offizier

Wir stehen gewiß nicht im Verdacht, Gesinnungsgenossen Reimanns zu sein. Wenn wir gleichwohl uns kritisch mit dem Urteil beschäftigen und es für politisch bedauerlich halten, so tun wir das, weil unserer Auffassung nach das britische Militärgericht in Düsseldorf dem Aufbau der deutschen Demokratie den gleichen Bärendienst geleistet hat wie das Militärgericht im Bochumer Demontageprozeß. . . . Die Besatzungsmacht hat leider diesen lächelnden Gleichmut nicht aufgebracht, sondern in den deutschen Politikern sich selbst angegriffen gefühlt. Der militärische Ankläger glaubte, sich schätzend vor die deutschen Politiker stellen zu müssen, und hat in einer politisch unglücklichen Formulierung der Anlage gewissermaßen die Vorwürfe Max Reimanns bestätigt. . . . Die deutschen Politiker der Westzonen werden ihrerseits dem Gericht keinen Dank dafür wissen, daß es sie sozusagen zu Helfern der Militärregierung stempelt.

Parlamentarischen Rates scharf kritisiert. Die britische Militärregierung habe Reimann zum Märtyrer gemacht, äußerte der FDP-Abgeordnete Dr. Dehler.

Die Welt, Hamburg

„Von einer Souveränität kann keine Rede sein“

Dennoch: Der Spruch des Düsseldorfer Militärgerichtes läßt einen Stachel zurück. Er enthält einen deutlichen Hinweis darauf, daß von einer Souveränität der westdeutschen Staaten keine Rede sein kann. Er macht sichtbar, was wie ein schwebendes Feuer in allen Diskussionen um das politische Gesicht des Westens die Umrisse vernebelt: Es gibt außer den Kontrollratsbestimmungen und den Verordnungen der Militärbehörden trotz der Länderverfassungen noch keine für alle Fälle gültige Rechtsgrundlage. . . . Man mag die Begründung Reimanns, die deutschen Politiker seien nun, nach der Formulierung der britischen Vorladung, nicht mehr in der Lage, im Namen des deutschen Volkes zu handeln, als typisch kommunistisch bezeichnen — entkräftet ist sie damit nicht. . . . Gerade im Hinblick aber auf die spätere klare Formung von Handlungsmöglichkeiten mit den östlichen Mächten sollte man jeden Schritt vermeiden, der jenem Partner brauchbare Argumente in die Hand gibt. Deshalb halten wir den Verlauf dieses politischen Prozesses, den Spruch des Gerichts, ja die Verhandlung überhaupt nicht für glücklich — so unscheinbar und unwesentlich sie im großen Komplex der Politik auch erscheinen mag.

Pressestimmen

Vorwürfe Max Reimanns bestätigt

Wenn die von der Besatzungsmacht geforderte Gehorsamspflicht jetzt in einen Schutz für deutsche Politiker umgebogen werde, würde sich das als eine Hilfestellung für die Kommunisten aus, erklärte der Vorsitzende der SPD, Dr. Schuhmacher, zum Reimann-Urteil.

Dehler: „Zum Märtyrer gemacht“

Das Urteil gegen den kommunistischen Vorsitzenden wurde von den Abgeordneten des

Frauen im Kampf gegen den Krieg!

Furcht und Not sind noch nicht von der Welt genommen. Wie ein Alpdruck lastet die Drohung, daß eines furchtbaren Tages ein dritter Weltkrieg hereinbrechen könne, auf allen friedliebenden Menschen. In vielen Ländern haben die Frauen ihre Stimme gegen einen neuen Weltbrand und gegen die Herstellung der Atombombe erhoben. Die italienischen Frauen haben bereits 3 Millionen Unterschriften an die UN als Protest gegen jede Form der Kriegsvorbereitung gesandt. Der „Hamburger Frauenausschuß“ hat sich Ende Dezember an alle politischen Parteien, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen in Westdeutschland gewandt, um eine ähnliche Unterschriftensammlung einzuleiten. Der Parteivorstand der KPD Frankfurt hat dem Frauenausschuß Hamburg geantwortet, dessen Initiative begrüßt und sich bereit erklärt, vorbehaltlos aus seinerseits eine Unterschriftensammlung unter Einsatz seiner ganzen Organisation durchzuführen. Die Unterschriftensammlung erfolgt in der Zeit vom 19. Februar bis 13. März 1949.

Es waren einmal 10 Punkte

Aber der Wirtschaftsdiktator Erhard und General Clay sind mit den braven „verständnisvollen“ Gewerkschaftsführern zufrieden

Als im November die Verzweiflung und Erbitterung der arbeitenden Schichten in Bizonen einen gefährlichen Grad erreicht hatte, sahen die Gewerkschaftsbonzen ein, daß sie etwas tun mußten, um wenigstens das Gesicht zu wahren und nach einem erbitterten Tauziehen hinter den Kulissen wurde der Generalstreik-Ersatz proklamiert. Für den dazugehörenden Theaterdonner bei dieser Komödie wurde auch gesorgt, und nach dreitägiger Beratung kam der Gewerkschaftsrat zu der Überzeugung, „daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Mißstände in der Doppelzone nicht länger mit den herkömmlichen Mitteln zu beseitigen sind“. Es wurde ein Sofortprogramm von 10 Punkten aufgestellt und die Herren Gewerkschaftsbonzen verkündeten laut, daß „eine sehr ernste Lage entstehen würde, wenn diese 10 Punkte nicht schnellstens erfüllt werden sollten“. Es sind seitdem drei Monate verstrichen und sehen wir einmal zu, was aus den 10 Punkten geworden ist:

Punkt 1: Die amtliche Verkündung des wirtschaftlichen Notzustandes. Diesen zu deutlichen Propagandatrakt des Gewerkschaftsrates hat der Wirtschaftsrat stillschweigend zu den Akten gelegt und die breiten Massen fühlen den wirtschaftlichen Notstand auch ohne „behördliche Genehmigung“ und wissen, daß dieser Notzustand Dauerzustand bleibt.

Punkt 2: Zur Überwindung dieses Notzustandes zeitlich befristete außerordentliche Maßnahmen, die Einsetzung eines Preisbeauftragten, den Erlaß eines Preiskontroll- und

Wuchergesetzes, erweiterte Vollmachten und Verpflichtungen für Polizei und Behörden zur wirksamen Bekämpfung von Preiswucher, Warenhortung. Die wirklich wirksamen Maßnahmen gegen Preiswucher und Warenhortung sind unterblieben, die erweiterten Vollmachten für den Wirtschaftsdiktator Erhard wurden durch Abstimmung im Wirtschaftsrat erneuert.

Punkt 3: Beschleunigung und Erweiterung des Jedermann-Programms. Nachdem sich erwiesen hat, welch ein gutes Geschäft das Jedermann-Programm ist und daß unter dieser Tarnung die immer noch viel zu hohen Preise legalisiert und sogar noch mit einem „sozialen“ Mäntelchen drapiert werden können, wird dem „Jedermann-Profit“ freie Bahn gemacht. Unter Herrn Erhards Protektorat und mit dem Segen der Gewerkschaften!

Punkt 4: Neuordnung der Steuererfassung und drakonische Strafmaßnahmen gegen Steuerbetrüger und deren Mithelfer. Seit Monaten schon läuft die völlig von kapitalistischen Interessen beherrschte „Lizenzpresse Sturm“ — aber nicht gegen die riesigen Steuerunterschlagungen, sondern gegen die „untragbare“ Höhe der Steuern. Sie fordert Steuerermäßigung für Produktion und Handel, obgleich sie genau weiß, daß eine solche Steuerermäßigung nur noch die Riesenprofite dieser Kreise erhöhen würde, weil sie niemals mit „drakonischen Strafmaßnahmen“, sondern immer wieder mit neuen Amnestien für die Steuerbetrüger rechnen dürfen.

Punkt 5: Wirksame Maßnahmen, um beim Lastenausgleich den Sachwertgewinne aus Warenhortung und Preiswucher zu erfassen. Kommentar überflüs-

sig — der „Lastenausgleich“ ist zum Gespött geworden.

Punkt 6: Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der vollen Bewirtschaftung im Ernährungssektor. Der Verwaltungsrat für Wirtschaft ließ abgesehen von der Aufhebung der Bewirtschaftung und Preisbindung für die letzten, lebensnotwendigen Lebensmittel. Das Brot ist bereits teurer und schlechter geworden, wird demnächst noch teurer werden und bald werden auch Fleisch, Milch usw. frei d.h. für die arbeitenden Klassen unerschwinglich werden wie bereits vorher die Eier.

Punkt 7: Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite sowie für den Außenhandel und den Großverkehr. Kommentar überflüssig. Der industrielle Sektor, weder unter dem Kommando der ehemaligen „Wehrwirtschaftsführer“, macht was er will.

Punkt 8: Überführung der Grundstoffindustrie und der Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft. Auf Befehl der Militärregierung auf unbestimmte Zeit verschoben.

Punkt 9: Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Fragen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Den Gewerkschaften ist die „gleichberechtigte“ Statistenrolle huldvollst überlassen.

Punkt 10: Inkraftsetzung der zu Ziffer 8 und 9 von den Parlamenten bereits beschlossenen Gesetze. Die Inkraftsetzung dieser ersten auf echt demokratische Weise beschlossenen Gesetze wurde in echt demokratischer Weise verhindert.

Soweit das Ergebnis der vom Gewerkschaftsrat vor drei Monaten geforderten 10 Punkte des „Sofortprogramms“. Ob man sich im Gewerkschaftsrat noch an diese 10 Punkte erinnert? Mitnichten, denn die Presse meldet von einer Konferenz führender Gewerkschaftsvertreter bei General Clay, wobei der General den allerunter-

Friedensoffensive geht weiter

Norwegen ein Nichtangriffspakt vorgeschlagen

Die Sowjetunion hat Norwegen ein Nichtangriffspakt vorgeschlagen, um jeden Zweifel an den friedlichen Absichten der UdSSR auszuschalten.

In der sowjetischen Note wird festgestellt: „Norwegens Beitritt zum Atlantik-Pakt könne Norwegen in die Politik einer gewissen Mächtegruppe verwickeln, die weitgespannte aggressive Ziele verfolgt. Die norwegische Erklärung vom 1. Februar, die Antwort auf die Frage der Sowjetunion, ob Norwegen ablehne, militärische Stützpunkte anderer Staaten einzuräumen, habe die Andeutung enthalten, daß eine Angriffsdrohung von der Sowjetunion ausgehen könnte.“

Kundgebung in Frankfurt

In einem Telegramm an General Robertson brachte die Frankfurter Kundgebung für Max Reimann ihre Entrüstung über das Urteil zum Ausdruck und verlangte seine Freilassung.

Die Weinheimer Kundgebung der KPD zum Reimann-Urteil, die größte seit 1945, in der Abg. Klausmann sprach, forderte gleichfalls die sofortige Freilassung.

Der Landser und der Offizier

und Wehrmachtsbeamten recht ist, muß auch den Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen billig sein. Die Regierung hat bewiesen, daß Geld da ist, und daß, wo ein Wille, auch ein Weg zur Verbesserung der Renten ist. Es ist ihre verdammt Pflicht und Schuldigkeit, nicht länger auf das Ergebnis der endlosen Verhandlungen zu warten, sondern ab sofort auch den Kriegsschädigten vorschußweise erhöhte Renten auszuzahlen.

Als seinerzeit im Länderrat das Gesetz über die Offizierspensionen beraten wurde, machten die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Zustimmung von der gleichzeitigen Verabschiedung des Haftentschädigungsgesetzes für die politisch Verfolgten abhängig. Auch das Haftentschädigungsgesetz ist von der Militärregierung noch nicht bestätigt. Während aber die Leistungen aus dem Offiziers-Pensionsgesetz vorschußweise bereits ausgezahlt werden, ist das bei dem Haftentschädigungsgesetz — selbstverständlich — nicht der Fall. Werden nun die sozialdemokratischen Minister in der Regierung dafür eintreten, daß die politisch Verfolgten nicht schlechter als die Berufsoffiziere behandelt werden? Oder wird es wirklich dahinkommen, daß erst die benagigten Gauleiter Entschädigungen für ihre mit der Hölle der Konzentrationslager doch wahrhaftig nicht zu vergleichende Internierungszeit bekommen und für die politisch Verfolgten des Dritten Reiches nichts mehr übrig bleibt?

Pressestimmen

Vorwürfe Max Reimanns bestätigt

Wenn die von der Besatzungsmacht geforderte Gehorsamspflicht jetzt in einen Schutz für deutsche Politiker umgebogen werde, würde sich das als eine Hilfestellung für die Kommunisten aus, erklärte der Vorsitzende der SPD, Dr. Schuhmacher, zum Reimann-Urteil.

Dehler: „Zum Märtyrer gemacht“

Das Urteil gegen den kommunistischen Vorsitzenden wurde von den Abgeordneten des

Parlamentarischen Rates scharf kritisiert. Die britische Militärregierung habe Reimann zum Märtyrer gemacht, äußerte der FDP-Abgeordnete Dr. Dehler.

Die Welt, Hamburg

„Von einer Souveränität kann keine Rede sein“

Dennoch: Der Spruch des Düsseldorfer Militärgerichtes läßt einen Stachel zurück. Er enthält einen deutlichen Hinweis darauf, daß von einer Souveränität der westdeutschen Staaten keine Rede sein kann. Er macht sichtbar, was wie ein schwebendes Feuer in allen Diskussionen um das politische Gesicht des Westens die Umrisse vernebelt: Es gibt außer den Kontrollratsbestimmungen und den Verordnungen der Militärbehörden trotz der Länderverfassungen noch keine für alle Fälle gültige Rechtsgrundlage. . . . Man mag die Begründung Reimanns, die deutschen Politiker seien nun, nach der Formulierung der britischen Vorladung, nicht mehr in der Lage, im Namen des deutschen Volkes zu handeln, als typisch kommunistisch bezeichnen — entkräftet ist sie damit nicht. . . . Gerade im Hinblick aber auf die spätere klare Formung von Handlungsmöglichkeiten mit den östlichen Mächten sollte man jeden Schritt vermeiden, der jenem Partner brauchbare Argumente in die Hand gibt. Deshalb halten wir den Verlauf dieses politischen Prozesses, den Spruch des Gerichts, ja die Verhandlung überhaupt nicht für glücklich — so unscheinbar und unwesentlich sie im großen Komplex der Politik auch erscheinen mag.

Pressestimmen

Vorwürfe Max Reimanns bestätigt

Wenn die von der Besatzungsmacht geforderte Gehorsamspflicht jetzt in einen Schutz für deutsche Politiker umgebogen werde, würde sich das als eine Hilfestellung für die Kommunisten aus, erklärte der Vorsitzende der SPD, Dr. Schuhmacher, zum Reimann-Urteil.

Dehler: „Zum Märtyrer gemacht“

Das Urteil gegen den kommunistischen Vorsitzenden wurde von den Abgeordneten des

Parlamentarischen Rates scharf kritisiert. Die britische Militärregierung habe Reimann zum Märtyrer gemacht, äußerte der FDP-Abgeordnete Dr. Dehler.

Die Welt, Hamburg

„Von einer Souveränität kann keine Rede sein“

Dennoch: Der Spruch des Düsseldorfer Militärgerichtes läßt einen Stachel zurück. Er enthält einen deutlichen Hinweis darauf, daß von einer Souveränität der westdeutschen Staaten keine Rede sein kann. Er macht sichtbar, was wie ein schwebendes Feuer in allen Diskussionen um das politische Gesicht des Westens die Umrisse vernebelt: Es gibt außer den Kontrollratsbestimmungen und den Verordnungen der Militärbehörden trotz der Länderverfassungen noch keine für alle Fälle gültige Rechtsgrundlage. . . . Man mag die Begründung Reimanns, die deutschen Politiker seien nun, nach der Formulierung der britischen Vorladung, nicht mehr in der Lage, im Namen des deutschen Volkes zu handeln, als typisch kommunistisch bezeichnen — entkräftet ist sie damit nicht. . . . Gerade im Hinblick aber auf die spätere klare Formung von Handlungsmöglichkeiten mit den östlichen Mächten sollte man jeden Schritt vermeiden, der jenem Partner brauchbare Argumente in die Hand gibt. Deshalb halten wir den Verlauf dieses politischen Prozesses, den Spruch des Gerichts, ja die Verhandlung überhaupt nicht für glücklich — so unscheinbar und unwesentlich sie im großen Komplex der Politik auch erscheinen mag.

Pressestimmen

Vorwürfe Max Reimanns bestätigt

Wenn die von der Besatzungsmacht geforderte Gehorsamspflicht jetzt in einen Schutz für deutsche Politiker umgebogen werde, würde sich das als eine Hilfestellung für die Kommunisten aus, erklärte der Vorsitzende der SPD, Dr. Schuhmacher, zum Reimann-Urteil.

Dehler: „Zum Märtyrer gemacht“

Das Urteil gegen den kommunistischen Vorsitzenden wurde von den Abgeordneten des

Parlamentarischen Rates scharf kritisiert. Die britische Militärregierung habe Reimann zum Märtyrer gemacht, äußerte der FDP-Abgeordnete Dr. Dehler.

Die Welt, Hamburg

„Von einer Souveränität kann keine Rede sein“

Dennoch: Der Spruch des Düsseldorfer Militärgerichtes läßt einen Stachel zurück. Er enthält einen deutlichen Hinweis darauf, daß von einer Souveränität der westdeutschen Staaten keine Rede sein kann. Er macht sichtbar, was wie ein schwebendes Feuer in allen Diskussionen um das politische Gesicht des Westens die Umrisse vernebelt: Es gibt außer den Kontrollratsbestimmungen und den Verordnungen der Militärbehörden trotz der Länderverfassungen noch keine für alle Fälle gültige Rechtsgrundlage. . . . Man mag die Begründung Reimanns, die deutschen Politiker seien nun, nach der Formulierung der britischen Vorladung, nicht mehr in der Lage, im Namen des deutschen Volkes zu handeln, als typisch kommunistisch bezeichnen — entkräftet ist sie damit nicht. . . . Gerade im Hinblick aber auf die spätere klare Formung von Handlungsmöglichkeiten mit den östlichen Mächten sollte man jeden Schritt vermeiden, der jenem Partner brauchbare Argumente in die Hand gibt. Deshalb halten wir den Verlauf dieses politischen Prozesses, den Spruch des Gerichts, ja die Verhandlung überhaupt nicht für glücklich — so unscheinbar und unwesentlich sie im großen Komplex der Politik auch erscheinen mag.

Pressestimmen

Vorwürfe Max Reimanns bestätigt

Wenn die von der Besatzungsmacht geforderte Gehorsamspflicht jetzt in einen Schutz für deutsche Politiker umgebogen werde, würde sich das als eine Hilfestellung für die Kommunisten aus, erklärte der Vorsitzende der SPD, Dr. Schuhmacher, zum Reimann-Urteil.

Dehler: „Zum Märtyrer gemacht“

Das Urteil gegen den kommunistischen Vorsitzenden wurde von den Abgeordneten des

Good day!

Mister Schleicher in Mannheim
Unser Gruß, Kollege Schleicher! Wir freuen uns, Sie in Mannheim begrüßen zu können!

Es geht einiges vor in Westdeutschland. Es tut sich auch etwas in den Betrieben. Brennende Fragen stehen für jeden Gewerkschaftler!

Bestehen die hohen Preise und niedrigen Löhne nicht mehr? Doch, sie bestehen und eine Verteuerung der Lebensmittel von 20 bis 50 % ist angekündigt!

Kollege Schleicher, die Rationalisierung ist in den Betrieben kein laaeres Wort mehr. Sagen Sie nicht hintennach: Ja, wir haben das anders gemeint. Die Arbeitszeit wird ausgedehnt, die Arbeitsleistung gesteigert.

Nur einige Punkte haben wir angeführt, die von lebenswichtigem Interesse für die Arbeiter insbesondere für die gewerkschaftlich organisierten sind. Kollege Schleicher, und dann über amerikanische Reiseindrücke zu sprechen, erscheint uns, das Gebot der Stunde als Gewerkschaftsführer nicht verstanden zu haben.

Ein Leser schreibt uns: Wie ich dem Bericht des „Mannheimer Morgen“ über die CDU-Kundgebung in Heidelberg, bei der Prof. Erhard sprach, entnehme, galt ein Großteil seiner Ausführungen dem „Lob der Gewerkschaften“.

Politik durch Märchen

Der Artikel des „Mannheimer Morgen“: „Wenn China stirbt...“ hat uns eine Reihe von Zuschriften eingebracht. Einer dieser enthielt folgende Stellen:

„Besagter Abt hat sich nicht freiwillig aus dem Leben geschafft, weder aus Ueberdruß noch aus Boshaftigkeit, sondern er ist einfach sozusagen absprachegemäß gestorben...“

„Wenn es stimmt, was Herr Lippmann in seinem Artikel so rührend erzählt, dann haben 450 Millionen Chinesen Lu Tsen Tsiang, einst den „Schutzengel Chinas“ genannt. Dieser „Schutzengel“ dürfte wohl auch die Ursache für den Besuch der Frau Tschiangkai-schek gewesen sein, um ihn zu einer Rückkehr nach China zu bewegen.“

„Aber all das ist nicht weiter interessant, sondern lediglich der Schlusssatz: „und doch starb er am gleichen Tage, da seine Heimat starb!“ Wir fragen: „wessen Heimat, die der werktätigen Bauern oder die der feudalen Großgrundbesitzer ihre Haut auf den Markt tragen sollten?“

„Am 15. Januar... wie der Zufall manchmal eine Rolle spielt: unser Abt erlitt... vorausgesetzt, daß der genaue Todestag nicht dem Märchen angepaßt wurde...“

„Der entlassene Monteur verlangt die Nachzahlung von 200 DM wegen unberechtigter Entlassung. Seine Teuerungszulage, die ab November fällig ist und die er auch nicht erhalten hat, war gar nicht eingeklagt worden.“

„Ein „großzügiger“ Handwerksmeister Nachdem der Lehrling J. im Oktober vorigen Jahres ausgemerkt hatte, sagte sein Meister „großzügig“ zu ihm etwas folgendes: „Du kannst noch bei mir bleiben, ich gebe Dir 20 Mark bis Du Dein Gesellenstück gemacht hast.“

„Für die kommunistische Stadtratsfraktion erhob Genosse Böning schärfsten Einspruch gegen die neue Vorlage und das dabei angewandte Verfahren. Das neue Projekt sei, wie Fachleute bekundet haben, nicht besser als das zuerst vorgelegte. 100.000 DM mehr rauszuwerfen, sei bei der katastrophalen Wohnungslage in Heidelberg mehr als sträflich.“

„Die KPD und SPD lehnte die Vorlage ab. Mit einer knappen Mehrheit der DVP und CDU wurde sie mit 16 gegen 13 Stimmen angenommen. Wäre die Linke des Hauses vollständig besetzt gewesen, hätte verweigert werden können, daß 100.000 DM zu Lasten der Heidelberger Bevölkerung leichtfertig ausgegeben worden wären.“

Ruhrstatut und die Stoppuhr in den Betrieben

Rationalisierung das Heil? — Das Gegenteil ist wahr! — Sträfliche Politik der obersten Gewerkschaftsführung!

Alarmierende Nachrichten

Es gibt wohl keinen Gewerkschaftsfunktionär, der nicht auf das höchste überrascht und beunruhigt ist durch die sich häufenden Meldungen der Presse, die alle in ihrer Tendenz besagen, daß die Gewerkschaftsführung mit Prof. Erhard irgendwie handelseinig geworden sei.

Was hat sich geändert, fragt sich jeder Gewerkschafts- und Betriebsfunktionär, überraschend vor die inhaltsschweren Pressemitteilungen gestellt. Seine Lebenslage hat keine Besserung erfahren. Ihm ist es auch kein Trost, daß einige Luxusartikel im Preise nachgelassen haben.

Fallen die Masken? Im November des vergangenen Jahres hatte der Generalrat der Gewerkschaften zum Generalstreik in der Bizone aufgerufen und sein Zehn-Punkteprogramm aufgestellt.

Wie ich dem Bericht des „Mannheimer Morgen“ über die CDU-Kundgebung in Heidelberg, bei der Prof. Erhard sprach, entnehme, galt ein Großteil seiner Ausführungen dem „Lob der Gewerkschaften“.

Der sozialdemokratische „Volkswille“ bringt kommentarlos ebenfalls einen kurzen Bericht über die Kundgebung Prof. Erhards, den er mit den Worten schließt: „Er (Prof. Erhard) sage ausdrücklich der Arbeiterschaft für diese Haltung (daß es keine sozialbedenkliche (!) Entwicklung gegeben habe) Dank und Anerkennung.“

„Wenn Sie Ihre Abrechnung wollen, dann sind Sie fristlos entlassen. Ich will Sie auf dem Büro nicht mehr sehen“, dies war die Antwort des Inhabers der Firma Giesel in Mannheim gegenüber einem Monteur, der kurz vor Weihnachten sein Geld verlangte.

„Der entlassene Monteur verlangt die Nachzahlung von 200 DM wegen unberechtigter Entlassung. Seine Teuerungszulage, die ab November fällig ist und die er auch nicht erhalten hat, war gar nicht eingeklagt worden.“

„Ein „großzügiger“ Handwerksmeister Nachdem der Lehrling J. im Oktober vorigen Jahres ausgemerkt hatte, sagte sein Meister „großzügig“ zu ihm etwas folgendes: „Du kannst noch bei mir bleiben, ich gebe Dir 20 Mark bis Du Dein Gesellenstück gemacht hast.“

„Für die kommunistische Stadtratsfraktion erhob Genosse Böning schärfsten Einspruch gegen die neue Vorlage und das dabei angewandte Verfahren. Das neue Projekt sei, wie Fachleute bekundet haben, nicht besser als das zuerst vorgelegte. 100.000 DM mehr rauszuwerfen, sei bei der katastrophalen Wohnungslage in Heidelberg mehr als sträflich.“

„Die KPD und SPD lehnte die Vorlage ab. Mit einer knappen Mehrheit der DVP und CDU wurde sie mit 16 gegen 13 Stimmen angenommen. Wäre die Linke des Hauses vollständig besetzt gewesen, hätte verweigert werden können, daß 100.000 DM zu Lasten der Heidelberger Bevölkerung leichtfertig ausgegeben worden wären.“

Hungerdiktators, das ihm vom Sekretär des Gewerkschaftsrates, Fritz Tarnow, und dem Sekretär der britischen Zone, Albin Karl, in einer Unterredung geollt worden sei.

Nicht anders mutet es uns an, wenn wir vor ein paar Tagen in der „Rhein-Neckar-Zeitung“ lesen, daß die Bundesleitung der Gewerkschaften der britischen Zone beschlossen hat, infolge der stark angestiegenen Lebenshaltungskosten den Kampf um höhere Löhne weiterhin zu führen.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und alle Schaffenden in Stadt und Land wissen, wo sie der Schuh drückt. Es ist ihnen schwerlich über ihr eigenes Leben und seine Schwere ein X für ein U vorzumachen.

Warum tritt plötzlich das Problem der Preise und Löhne für die Gewerkschaftsführung in den Hintergrund? Warum wird der Rationalisierung das „Hohe Lied“ gesungen?

Ich pfeife auf den Dank Prof. Erhards

„Von einer sozialdemokratischen Zeitung und den obersten Gewerkschaftsführern hatte ich das gleiche erwartet!“

„Bitte, freundlich lächeln!“, hat uns der Wirtschaftskorrespondent des „Mannheimer Morgen“, F. O. Weber empfohlen. Nach seiner und seines Abgottes Dr. Erhards Auffassung, soll trotz der Unkelei der „Anhänger der Zwangswirtschaft“ deren Befürchtung, daß die Preise ins Unermessliche steigen, nicht eingetreten sein.

„Bitte, freundlich lächeln!“, hat uns der Wirtschaftskorrespondent des „Mannheimer Morgen“, F. O. Weber empfohlen. Nach seiner und seines Abgottes Dr. Erhards Auffassung, soll trotz der Unkelei der „Anhänger der Zwangswirtschaft“ deren Befürchtung, daß die Preise ins Unermessliche steigen, nicht eingetreten sein.

„Bitte, freundlich lächeln!“, hat uns der Wirtschaftskorrespondent des „Mannheimer Morgen“, F. O. Weber empfohlen. Nach seiner und seines Abgottes Dr. Erhards Auffassung, soll trotz der Unkelei der „Anhänger der Zwangswirtschaft“ deren Befürchtung, daß die Preise ins Unermessliche steigen, nicht eingetreten sein.

Nachzahlung wegen unberechtigter Entlassung

„Wenn Sie Ihre Abrechnung wollen, dann sind Sie fristlos entlassen. Ich will Sie auf dem Büro nicht mehr sehen“, dies war die Antwort des Inhabers der Firma Giesel in Mannheim gegenüber einem Monteur, der kurz vor Weihnachten sein Geld verlangte.

„Der entlassene Monteur verlangt die Nachzahlung von 200 DM wegen unberechtigter Entlassung. Seine Teuerungszulage, die ab November fällig ist und die er auch nicht erhalten hat, war gar nicht eingeklagt worden.“

„Ein „großzügiger“ Handwerksmeister Nachdem der Lehrling J. im Oktober vorigen Jahres ausgemerkt hatte, sagte sein Meister „großzügig“ zu ihm etwas folgendes: „Du kannst noch bei mir bleiben, ich gebe Dir 20 Mark bis Du Dein Gesellenstück gemacht hast.“

„Für die kommunistische Stadtratsfraktion erhob Genosse Böning schärfsten Einspruch gegen die neue Vorlage und das dabei angewandte Verfahren. Das neue Projekt sei, wie Fachleute bekundet haben, nicht besser als das zuerst vorgelegte. 100.000 DM mehr rauszuwerfen, sei bei der katastrophalen Wohnungslage in Heidelberg mehr als sträflich.“

Warum die Eintracht zwischen Prof. Erhard und den Gewerkschaftsführern al la Tarnow? Politisch stehen sie alle auf dem gleichen Boden. Im Marshallplan sehen sie das Heil. Die Arbeiterschaft ist längst auf dem Wege, die berechnende amerikanische „Hilfe“ zu durchschauen.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und alle Schaffenden in Stadt und Land wissen, wo sie der Schuh drückt. Es ist ihnen schwerlich über ihr eigenes Leben und seine Schwere ein X für ein U vorzumachen.

Warum tritt plötzlich das Problem der Preise und Löhne für die Gewerkschaftsführung in den Hintergrund? Warum wird der Rationalisierung das „Hohe Lied“ gesungen?

Keep Smiling

„Bitte, freundlich lächeln!“, hat uns der Wirtschaftskorrespondent des „Mannheimer Morgen“, F. O. Weber empfohlen.

„Bitte, freundlich lächeln!“, hat uns der Wirtschaftskorrespondent des „Mannheimer Morgen“, F. O. Weber empfohlen. Nach seiner und seines Abgottes Dr. Erhards Auffassung, soll trotz der Unkelei der „Anhänger der Zwangswirtschaft“ deren Befürchtung, daß die Preise ins Unermessliche steigen, nicht eingetreten sein.

„Bitte, freundlich lächeln!“, hat uns der Wirtschaftskorrespondent des „Mannheimer Morgen“, F. O. Weber empfohlen. Nach seiner und seines Abgottes Dr. Erhards Auffassung, soll trotz der Unkelei der „Anhänger der Zwangswirtschaft“ deren Befürchtung, daß die Preise ins Unermessliche steigen, nicht eingetreten sein.

„Bitte, freundlich lächeln!“, hat uns der Wirtschaftskorrespondent des „Mannheimer Morgen“, F. O. Weber empfohlen. Nach seiner und seines Abgottes Dr. Erhards Auffassung, soll trotz der Unkelei der „Anhänger der Zwangswirtschaft“ deren Befürchtung, daß die Preise ins Unermessliche steigen, nicht eingetreten sein.

Sehr fein gesponnen, aber...

Die Firma Kiltau behält ihren Betriebsrat, den sie mit vielen Schlichen auf die Straße zu werfen versuchte — das ist die Entscheidung des Arbeitsgerichtshofes

Dem Interesse, den Betriebsrat Sch. loszuwerden, auch ihn. Sie bildeten sich ein, den rechtlichen Vorwand dazu zu haben.

„Für die kommunistische Stadtratsfraktion erhob Genosse Böning schärfsten Einspruch gegen die neue Vorlage und das dabei angewandte Verfahren. Das neue Projekt sei, wie Fachleute bekundet haben, nicht besser als das zuerst vorgelegte. 100.000 DM mehr rauszuwerfen, sei bei der katastrophalen Wohnungslage in Heidelberg mehr als sträflich.“

„Die KPD und SPD lehnte die Vorlage ab. Mit einer knappen Mehrheit der DVP und CDU wurde sie mit 16 gegen 13 Stimmen angenommen. Wäre die Linke des Hauses vollständig besetzt gewesen, hätte verweigert werden können, daß 100.000 DM zu Lasten der Heidelberger Bevölkerung leichtfertig ausgegeben worden wären.“

sende Arbeitslosigkeit ist das hinter der Rationalisierung stehende Gespenst. Die Dividenden sollen auf Kosten der Arbeiterschaft noch mehr steigen als sie gestiegen sind.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und alle Schaffenden in Stadt und Land wissen, wo sie der Schuh drückt. Es ist ihnen schwerlich über ihr eigenes Leben und seine Schwere ein X für ein U vorzumachen.

Warum tritt plötzlich das Problem der Preise und Löhne für die Gewerkschaftsführung in den Hintergrund? Warum wird der Rationalisierung das „Hohe Lied“ gesungen?

Unter der Lupe

Man schreibt uns: Der in Leutershausen wohnhafte in Weinheim nach dem Zusammenbruch auf CDU-Kräcken als Kreispfleger untergekommene Leo Haag mißhandelte dieser Tage in angründlichem Zustand einen Kriegsinvaliden, der wegen schwerer Beinverletzung am Stock gehen muß, derart, daß der Bedauernswerte in das Krankenhaus Weinheim eingeliefert werden mußte.

„Für die kommunistische Stadtratsfraktion erhob Genosse Böning schärfsten Einspruch gegen die neue Vorlage und das dabei angewandte Verfahren. Das neue Projekt sei, wie Fachleute bekundet haben, nicht besser als das zuerst vorgelegte. 100.000 DM mehr rauszuwerfen, sei bei der katastrophalen Wohnungslage in Heidelberg mehr als sträflich.“

„Für die kommunistische Stadtratsfraktion erhob Genosse Böning schärfsten Einspruch gegen die neue Vorlage und das dabei angewandte Verfahren. Das neue Projekt sei, wie Fachleute bekundet haben, nicht besser als das zuerst vorgelegte. 100.000 DM mehr rauszuwerfen, sei bei der katastrophalen Wohnungslage in Heidelberg mehr als sträflich.“

„Für die kommunistische Stadtratsfraktion erhob Genosse Böning schärfsten Einspruch gegen die neue Vorlage und das dabei angewandte Verfahren. Das neue Projekt sei, wie Fachleute bekundet haben, nicht besser als das zuerst vorgelegte. 100.000 DM mehr rauszuwerfen, sei bei der katastrophalen Wohnungslage in Heidelberg mehr als sträflich.“

Aus Sicherheitsgründen!

Ein Kraftfahrer, der bereits seit Anfang 1947 bei der amerikanischen Besatzungsmacht in Heidelberg arbeitet, wurde dieser Tage fristlos entlassen.

„Für die kommunistische Stadtratsfraktion erhob Genosse Böning schärfsten Einspruch gegen die neue Vorlage und das dabei angewandte Verfahren. Das neue Projekt sei, wie Fachleute bekundet haben, nicht besser als das zuerst vorgelegte. 100.000 DM mehr rauszuwerfen, sei bei der katastrophalen Wohnungslage in Heidelberg mehr als sträflich.“

„Für die kommunistische Stadtratsfraktion erhob Genosse Böning schärfsten Einspruch gegen die neue Vorlage und das dabei angewandte Verfahren. Das neue Projekt sei, wie Fachleute bekundet haben, nicht besser als das zuerst vorgelegte. 100.000 DM mehr rauszuwerfen, sei bei der katastrophalen Wohnungslage in Heidelberg mehr als sträflich.“

„Für die kommunistische Stadtratsfraktion erhob Genosse Böning schärfsten Einspruch gegen die neue Vorlage und das dabei angewandte Verfahren. Das neue Projekt sei, wie Fachleute bekundet haben, nicht besser als das zuerst vorgelegte. 100.000 DM mehr rauszuwerfen, sei bei der katastrophalen Wohnungslage in Heidelberg mehr als sträflich.“

Randbemerkungen

Zehn Jahre Krieg — aber kalt! Vor dem Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses erklärte der USA-Verteidigungsminister Forrestal: „Der kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion kann noch zehn Jahre dauern.“

Der „Weltbürger“ im Herrenclub In Stuttgart hat sich ein „Club für europäische Verständigung“ gebildet, dessen hochfeudale, mit dem verschwenderischen Luxus ausgestattete Clubräume bereits unliebsames Aufsehen erregt hatten.

Diamanten gegen Atombomben Der holländische Vorsitzende der Diamantenschleifergewerkschaft P. van Mooyden hat das Wiederaufleben der deutschen Diamantenschleiferei als eine Kriegsgefahr bezeichnet und von den Besatzungsmächten ein völliges Verbot der deutschen Diamantindustrie gefordert.

Er sprach ein wahres Wort gelassen aus Herr Ministerialdirektor Dr. Kaufmann sprach in der Wirtschaftshochschule über die Frankfurter Wirtschaftspolitik. Wie es sich für den Stellvertreter Prof. Erhards von selbst versteht, machte er in rosigstem Optimismus und nahm dabei den Mund genau so voll wie S. Z. sein Herr und Meister mit den vierzig Prozent Abgabe zum Lastenausgleich.

Um die Erhöhung der Erziehungsbeihilfe für Lehrlinge

Den verdienten Lohn gibt man ihnen nicht Der Industrieverband Metall hat eine Erhöhung der Erziehungsbeihilfen um 15,— DM auf 40,— DM im ersten, 50,— DM im zweiten, 60,— DM im dritten, 70,— DM im vierten Lehrjahre für den Monat gefordert.

Die Herren Unternehmer drücken sich sehr vorsichtig aus, wenn sie sagen, aus taktischen Erwägungen und Rücksichtnahme gegenüber dem Handwerk keine Zusage machen zu können. Die verklärte Jugend läßt sich nicht mit solchen Begründungen irren führen.

Es ist notwendig, daß auch die älteren Kollegen die Lehrlinge im Kampf für die Besserung ihrer sozialen Lage unterstützen. In manchen Betrieben ist es möglich gewesen, die Erziehungsbeihilfen zu erhöhen.

Wir reiten für ... Zur Neugründung des Vereins für Pferdezucht und -Sport in Heidelberg-Kirchheim schreibt man uns.

1945 — Wir waren nur im Reitverein — Was hat denn der Reitverein mit der SS oder dem Reitersturm zu tun? Wir sind doch nur Pferdeliebhaber und aus Liebe zum Sport im Reitverein.

ser gesagt, heute noch nicht. Die SS-Reiter ritten für Hitlerdeutschland, wir reiten für die Kolonie Deutschland, für die Demokratie des westlichen Imperialismus, für die westeuropäische Union und Dr. Adenauers Westeuropaparliz.

So wird mit Arbeitslosen umgesprungen Von der Kommunistischen Partei, Ortsgruppe Waldürn, wird uns geschrieben: „Die Stadt Waldürn hat bei ca. 6000 Einwohnern schon wieder mehr als 100 Arbeitslose.“

Der Samstagnachmittag Warenhäuser und Einzelhandelsgeschäfte am Samstag-Nachmittag offen?

Seit der Währungsreform ist die Frage des Ladenschlusses am Samstag-Nachmittag in allen Kreisen der Mannheimer Bevölkerung stark umstritten. Das größte Interesse an einer Verlängerung der Verkaufszeit am Wochenende haben bis jetzt die Warenhausbesitzer an den Tag gelegt.

Mannheim durchzuführen sein, zumal wenn man sich mit den Nachbarstädten auf eine gleichartige Ladenöffnungszeit einigt. In der Praxis hat sich gezeigt, daß die Offenhaltung der Geschäfte am Samstag-Nachmittag überflüssig ist.

Die vorstehenden Gründe waren unter anderem für die Angestellten des Mannheimer Einzelhandels Veranlassung, durch eine in Betrieben durchgeführte geheime Abstimmung den Willen der betroffenen Belegschaften zu erforschen.

mittag-Öffnung ist. Dessen ungachtet hat auch hier die Abstimmung nur eine Mehrheit von 60 Prozent für Öffnung ergeben. Das Personal der Mannheimer Warenhäuser empfindet es als besonders empörend, daß sich die Geschäftsführer der Einzelhandelsbetriebe in dieser Angelegenheit wohl an alle möglichen interessierten Stellen gewandt haben, nicht aber an die Belegschaften selbst.

ADGB Ortsausschuß Weinheim An alle Betriebsräte des Landkreises Mannheim. Zwischen Eisenbahndirektion und Gewerkschaften werden Besprechungen über die Gestaltung des Fahrplanes am 16. Mai stattfinden.

Sportecho

Süddeutsche Oberliga

Table with 2 columns: Team and Score. SV Waldhof — VfB Mühlburg 2:2, Kickers Stuttgart — VfR Mannheim 1:1, Eintracht Frankfurt — VfB Stuttgart 0:0, etc.

müssen, daß sein Sieg gegen die Offenbacher Kickers nicht eine Eintagsfliege war. Der Tabellenführer Offenbach empfängt Schwaben Augsburg und für ihn gilt das gleiche, nur im umgekehrten Sinne.

Schach

Schach Problem Nr. 5. L. Reichard, Mannheim. Includes a chessboard diagram and text: „Kontrollstellung: Weiß: Kb1, Ta2el, Lh4, Se5g3, Be7 (c4f8) — Schwarz: Ka5, La4, Ba6, b2, c3, e4 (f6).“

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 13. Februar bis 21. Februar 1949. Sonntag, 13. Febr., nachmittags, freier Verkauf: „Peterchens Mondfahrt“, Weihnachtsmärchen von Gerd v. Bassowitz.

HINZ Durchschreibe-Buchhaltungen seit über 40 Jahren bewährt, jetzt in neuer Form einfach, übersichtlich, täglich bilanzbereit. Fir alle Kontenrahmen passend. Adolf HOPPE MANNHEIM, L 14, 15

ALSTER-LICHTSPIELE MANNHEIM AN DEN PLANKEN. Notlandung in der erbarmungslosen Weite der Gletscherwelt der Alpen! Sieben Wochen währte die Suche nach den Verschollenen mit allen Hilfsmitteln der Technik.

Palast-Theater und Capitol-Film-Theater. Ab Freitag bis Donnerstag in beiden Theatern Marika Röck in ihrem neuesten Revuefilm: „Fregola“

Bau-Unternehmen empfiehlt sich für Hoch-Tief-Eisenbeton Zimmer- und Gipsarbeiten ebenso für Fußböden (fugenlos) Wärmetechnik isoliert. H. STARK - BAUINGENIEUR - WALDHOF

Natur-Küche neue moderne Form, 160 cm breit, Oberteil Stürig, Mitteltür m. Glas, Unterteil Stürig mit 2 Schubkästen u. Seitenschrank, anständige westfälische Arbeit.

ALSTER-LICHTSPIELE MANNHEIM AN DEN PLANKEN. Eine Gelegenheit für Jedermann: In zwei Stockwerken unseres Hauses HAUSHALTWAREN PORZELLANWAREN GLASWAREN

Bazlen AM PARADEPLATZ Mannheim. Verkauf zu volkstümlichen Preisen!

Für kalte Tage gute Schnäpse preiswert: Wacholder, 38 % ... Fl. 5,30 Doppelkummet, 38 % ... Fl. 10,40 Goldbranntwein, 38 % ... Fl. 12,50

Jetzt ist die richtige Zeit, um schadhafte Frühjahrskleidung in Stand zu setzen. Webreparaturen Neugebauer MANNHEIM AN DEN PLANKEN

Spinglers Speisegaststätte Mannheim Friedrich-Ebert-Straße 46 Ia SPEISEN und GETRÄNKE

Pitschpine-Küche mit 2 Schränken, gut erhalten, preiswert zu verkaufen. Angebote unter Nr. 401 an den Verlag.

Bündelholz u. Brennholz liefert an Groß- u. Einzelhandel Franz LAMM, Holzvertrieb (13a) Fladungen/Rhön

Möbel MANNHEIM, U1, 15

Gropp BREITESTRASSE

Volksbuchhandlung MANNHEIM - S 3, 10 Große Auswahl an schöngestiger und wissenschaftlicher Literatur.

EISSTADION FRIEDRICHSPARK Samstag, 12. Februar, 19 Uhr - Sonntag, 13. Februar, 15 Uhr EISHOCKEYSPIEL S.C. Riessersee gegen M.S.G. Mannheim